

# Stadtvertretung der Landeshauptstadt Schwerin

## Tagesordnungspunkt

öffentlich

nicht öffentlich

|  |
|--|
|  |
|--|

Datum: 19.12.2022

## Änderungsantrag Drucksache Nr.

00632/2022

Antragsteller Fraktion DIE LINKE

Bearbeiter:

Telefon:

### Beratung und Beschlussfassung im

#### Fachausschuss für

- Finanzen und Rechnungsprüfung       Hauptausschuss       Stadtvertretung
- Bauen, Ordnung, Umwelt und Stadtentwicklung
- Wirtschaftsförderung, Tourismus und Liegenschaften
- Soziales und Wohnen
- Kultur, Sport und Schule
- Verwaltungsmodernisierung und Umlandbeziehungen
- 

Beschluss am:

### Betreff

Jugend in Schwerin

### Beschlussvorschlag

Der Oberbürgermeister wird beauftragt:

1. zu prüfen, ob ein Neubaublock mit einem Aufgang Jugendlichen zur Verfügung gestellt werden kann. Hier könnten unter Begleitung von Jugendsozialarbeiter:innen Graffitis entstehen und Jugendliche ihre Freizeit verbringen.
2. zu prüfen, ob die Rückseite der Sporthalle in Lankow (neben der Skaterbahn), den Jugendlichen als Graffitifläche zur Verfügung gestellt werden kann. Diese, so haben Jugendliche berichtet, wurde ihnen zugesagt und dann gesperrt.
3. zu prüfen, ob die Stadt in Zukunft größere Mülleimer und mehr Mülleimer auch außerhalb des touristischen Stadtzentrums aufstellen kann.
4. in Gesprächen mit dem Land darauf hinzuwirken, dass auf dem Gelände des Schlossgartens öffentliche Toiletten errichtet werden können.
5. zu prüfen, ob die Öffnungszeiten der Toiletten, insbesondere am Berta-Klingberg-Platz, verlängert werden können.
6. zu prüfen, ob eine Bezahlung öffentlicher Toiletten auch über einen Pfandfla-

## Beschlussvorschlag

- schenautomaten ermöglicht werden kann.
7. das Projekt „Nette Toilette“ auf dem Keplerplatz zu evaluieren und seine Übertragbarkeit auf andere Standorte zu prüfen.
  8. zu prüfen, ob der Film zum Thema „Jugend in Schwerin“ in anderen Stadtteilen fortgesetzt werden kann und ob hierfür Fördermittel zur Verfügung stehen.
  9. auf einen Austausch zwischen der Polizei und den Jugendlichen außerhalb konkreter Konfliktsituationen hinzuwirken. Ziel soll es sein, das Verständnis für den jeweils anderen für das Agieren in Konfliktsituationen zu stärken.
  10. konfliktminimierende mobile Einrichtungen (wie z.B. mobile Toiletten oder Mülltonnen) vorzuhalten und dort zu platzieren, wo sich in der aktuellen Situation vermehrt und in großer Anzahl Jugendliche aufhalten und im Konfliktfall einen Austausch zwischen den Konfliktparteien außerhalb der Konfliktsituation zu organisieren und zu moderieren. Dabei ist zu prüfen, ob die Entscheidung über die Standorte der mobilen Einrichtungen bzw. die Entscheidung zur Verlagerung der mobilen Einrichtung unter Einbeziehung von Jugendlichen, in Abstimmung mit der Straßenjugendsozialarbeit, erfolgen kann.
  11. alle zwei Jahre unter Einbeziehung der offenen Treffs, der Straßen- und Schulsozialarbeiter:innen, den Mitarbeiter:innen in den HzE-Maßnahmen und anderen engagierten Personen in den Vereinen der Jugendhilfe eine Befragung von Jugendlichen zur Lebenssituation durchzuführen, auszuwerten und Schlussfolgerungen für die Jugendarbeit der Stadt zu ziehen und diese für Jugendliche transparent darzustellen.
  12. auf der Internetpräsenz der LH SN ein „Jugendforum“ einzurichten, auf dem Jugendliche ihre Sorgen und Probleme äußern können und **garantiert** eine Antwort erhalten.
  13. Safeplaces für junge Erwachsene, die in Notsituationen geraten sind und kurzfristig eine Bleibe brauchen, zu schaffen. (§ 41 SGB VIII) Für die Umsetzung des Projektes sollen im Doppelhaushalt 2025/26 finanzielle Mittel bereitgestellt werden.
  14. ein Konzept zu Wohngemeinschaften für junge Erwachsene in Problemsituationen (entsprechend eines nachgewiesenen Bedarfes auch darüber hinaus) mit einer sozialpädagogischen Begleitung vorzulegen und, nach Abstimmung mit dem Jugendhilfeausschuss und Beschlussfassung durch die Stadtvertretung, umzusetzen. (§ 41 und § 41a SGB VIII) Für die Umsetzung des Projektes sollen im Doppelhaushalt 2025/26 finanzielle Mittel bereitgestellt werden.
  15. zu prüfen, was die Stadt für mehr Klubs und Partys tun kann.
  16. zu prüfen, ob massive Bänke und Tische (aus Stein) in der Stadt (z.B. Nordufer Pfaffenteich) aufgestellt werden können, um dort zu sitzen, Hausaufgaben zu erledigen oder gemeinsam zu essen.
  17. zu prüfen, ob eine Verbesserung der Nahverkehrsverbindungen aus den Randbereichen in die Stadt möglich ist, z.B. Linie 8.
  18. zu prüfen, ob die Anbindung des Nahverkehrs zur Zeit des Schulbeginns verbessert werden kann, z.B. Linie 8.
  19. zu prüfen, ob die Anbindung der beruflichen Schulen in den Umlandkreisen durch den ÖPNV verbessert werden kann.
  20. zu prüfen, ob eine Job- oder Praktikumsbörse für Schwerin, via Internet aber auch in Form einer Messe in der Kongresshalle unter Einbeziehung von Kindern und Jugendlichen angeboten werden kann.

## Begründung

Das Thema Jugend in Schwerin hat in den letzten Monaten viele Menschen bewegt und auch zu Anträgen in der Stadtvertretung geführt. Repressionen wollen Freiräume testen und Grenzen erleben. Dies ist eine normale Phase in der Entwicklung eines jeden Menschen. Schon immer gibt es daher eine Auseinandersetzung zwischen der „Erwachsenenwelt“ und der „Jugendlichenwelt“ – den Generationenkonflikt. Als Erwachsenenwelt stehen wir in der Verantwortung, wie wir diesen Konflikt immer wieder neu lösen wollen. In einer Demokratie sollte der repressive Ansatz mit Polizei und Staatsorganen nicht die Dominanz haben und nur das allerletzte Mittel darstellen. Vielmehr geht es darum, in einem gesellschaftlichen Aushandlungsprozess Mittel und Wege zu finden, mit denen alle gut in unserer Stadt zusammenleben können. Dabei gibt es nicht die Jugendlichen, die als Stereotype durch die Gegend laufen, und es gibt auch nicht den Erwachsenen. Dies macht die Komplexität des Problems deutlich. Jugendliche denken auch reichlich komplex. So war auch das Thema Barrierefreiheit in Schwerin ein Thema in Gesprächen mit den Jugendlichen.

Der hier vorgelegte Antrag ist das Ergebnis von mehreren Gesprächsrunden mit Jugendlichen. Am erschreckendsten für den Antragsteller war, wie oft Jugendliche erklärten, dass sie sich nicht ernst genommen fühlten. Ein Jugendlicher, der eine Frage stellt, will sie beantwortet sehen. Zu oft haben Jugendliche die Erfahrung gesammelt, dass sie sich aus ihrer Sicht von der Verwaltung nicht ernst genommen fühlen. Die Verwaltung hat das Recht, dies von sich zu weisen und dies mag aus verwaltungstechnischer Sicht auch stimmen. Aber es bleibt die Frage, wie die Kommunikation läuft oder lief, wenn diese unterschiedlichen Sichtweisen am Ende eines Prozesses stehen.

Eines muss klar sein, der Prozess der Einbeziehung darf keine Eintagsfliege sein. Er muss kontinuierlich sichergestellt werden. Nur das ermöglicht das Kennenlernen der verschiedenen Sichtweisen von verschiedenen Jugendlichen. Denn auch die in diesem Antrag zusammengefassten Punkte sind nicht die Ideen und Gedanken **der Jugend** in unserer Stadt. Aber es sind Gedanken und Ideen Jugendlicher aus unserer Stadt. Sie aber wollen sich ernst genommen fühlen. Dabei ist den Jugendlichen bewusst, dass nicht alle ihre Forderungen umgesetzt werden können. In den Gesprächen mit den Jugendlichen spielte auch die finanzielle Situation der Stadt eine Rolle. Dafür haben Jugendliche sogar Verständnis. Jedoch wollen sie sich in diesem Prozess wiederfinden und im Ergebnis entsprechend für sie nachvollziehbare Antworten erhalten.

Alle in diesem Antrag zusammengefassten Einzelpunkte sind das Ergebnis eines Kommunikationsprozesses mit Jugendlichen. Die Antragsteller: in dankt den Jugendlichen für das entgegengebrachte Vertrauen und den Sozialarbeiter: innen für die Unterstützung und Begleitung in diesem Prozess. Auch wenn verschiedene Punkte dieses Antrages nicht neu sind, sollten sie von Politik und Verwaltung diskutiert werden und die Jugendlichen so mit der Beschlussfassung über den Antrag auch Antworten und Perspektiven für diese Problemlagen erhalten. Nur so können sie Demokratie selbst erfahren und erleben. Letztendlich leisten wir als Stadtvertretung mit einem bewussten Umgang mit diesem Antrag, einen für Schwerin wesentlichen Beitrag zur Umsetzung des Grundzieles der Kinder- und Jugendhilfe. Dieser wird in §1 Absatz 1 des SGB VIII dargestellt: „Jeder junge Mensch hat ein Recht auf Förderung seiner Entwicklung und Erziehung zu einer selbstbestimmten, eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit.“

Die Begründung zu den einzelnen Punkten:

zu 1. – 2.

Hier werden zwei Dinge angesprochen, die den Jugendlichen als Projektidee sehr gefallen haben und die nach Aussagen der Sozialarbeiter: innen gut angenommen wurden. Hier sollte entsprechend geprüft werden.

zu 3. – 7.

Immer wieder angesprochenes Thema, und von den Medien auch entsprechend reflektiert, ist das der Toiletten sowie Mülleimer/Papierkörbe. Schwerin hat zu wenig öffentliche Toiletten und Mülleimer. Das sehen auch die Jugendlichen so und haben darum auch alternative Vorschläge. Das Toilettenkonzept der wird daran nichts ändern, denn es ändert nichts an dem Grundproblem. Es fehlen öffentliche Toiletten. Hier muss praktisch etwas geschehen. In der Diskussion kamen Vorschläge zu einem mobilen Toilettenwagen, der auch mit einem entsprechend großen Müllbehälter ausgestattet ist. Zudem würde es den Jugendlichen sehr gefallen, wenn es mehr Abstellmöglichkeiten für Pfandflaschen bei den Mülleimern vorhanden wären. Das Ziel, die Flaschensammler: innen sollen nicht im Müll wühlen müssen.

zu 8.

Jugendliche haben gemeinsam mit den Straßensozialarbeitern und einer Theaterpädagogin des MST einen Film erstellt, der die Lebenswirklichkeit der Jugendlichen im Zentrum unserer Stadt darstellt. In diesem Film kamen die Jugendlichen zu Wort und es war zu spüren, dass sie ihre Stadt mögen, aber auch

Ideen haben, die die Identifikation der Jugendlichen mit der Stadt noch weiter verbessern könnten. In anderen Stadtteilen haben Jugendliche andere spezifische Probleme. Insofern sollte über eine Fortsetzung des Filmes nachgedacht werden, der nunmehr andere Stadtteile in den Blick nimmt.

zu 9.

Polizei verkörpert, und dies ist unerlässlich und wichtig, die unmittelbare Staatsgewalt. Genau da liegt aber auch das Problem – es ist die Staatsgewalt. Polizei muss reagieren, wenn sich Bürger: innen an sie wenden. Darauf haben diese Bürger: innen auch einen Anspruch. Allerdings ist es eine Frage des Auftretens. In allen Gesprächen, die ich zu dem Thema miterlebt habe, war den Jugendlichen bewusst, dass dies keine Einbahnstraße ist und vernünftiges und lösungsorientiertes Verhalten beider Seiten notwendig ist. Aber die Gesprächsrunde im Mecklenburgischen Staatstheater hat auch deutlich gemacht, dass es hier große Probleme gibt. Die Jugendlichen beklagen eine Diskriminierung aufgrund ihres Alters. Hier sollten wir die Hinweise ernst nehmen und den Oberbürgermeister auffordern, in Gesprächen mit der Polizei auf eine Versachlichung hinzuwirken.

zu 10. und 16.

Die Frage steht, ob es Flächen gibt, z.B. Nordufer Pfaffenteich, die entsprechend (z.B. mit Steinbänken und -tischen) gestaltet werden könnten.

zu 11. – 12.

Jugendliche wollen mitdiskutieren und mitgestalten. Sie fühlen sich in nur sehr geringem Umfang in diesen Prozess mit einbezogen. Fragen werden, aus ihrer Sicht, nicht beantwortet und der vielen Umfragen sind sie überdrüssig. Sie haben den, aus Sicht der Antragsteller: in nachvollziehbaren Drang, dass sich hieraus auch Verän-

derungen ergeben und ihre Meinungsäußerung auch spürbar wahrgenommen wird.

zu 13. – 14.

Diese Forderung, die auch eine pflichtige Aufgabe aus dem SGB VIII ist, wurde von Jugendlichen erhoben, die selbst von besonderen Problemlagen betroffen sind.

Dass es diese Paragrafen gibt, war ihnen nicht bewusst. Hier wäre es gut, wenn im Ergebnis der Beratungen zu diesem Antrag den Auftrag erhält, der Stadtvertretung ein entsprechendes Konzept vorzulegen.

zu 15.

Ein großes Problem im Rahmen der Freizeitgestaltung für heranwachsende Jugendliche ist zum Beispiel, dass abgesehen von Zenit und Komplex kaum Partylocations in Schwerin zur Verfügung stehen. Insbesondere das Zenit ist eine kommerziell betriebene Einrichtung, was die finanziellen Möglichkeiten vieler Jugendlichen sehr oft überschreitet. Es steht also die Frage nach weiteren Angeboten für Kinder und Jugendliche. In diesem Zusammenhang steht zum Beispiel die Frage nach der Fortsetzung der Jugendkulturarbeit im Dr. K.

zu 17. – 18.

Im Antrag spiegeln sich auch die verschiedenen Lebenswelten der Jugendlichen wider. Schülerinnen und Schüler aus Warnitz beklagen sich, dass morgens der Schulbus sehr voll ist, da es ein kleiner Bus ist, und der nachfolgende Bus, ein Schlenki, dann eben fast leer.

zu 19.

Auch das Erreichen der beruflichen Schulen im Umland sei mit dem ÖPNV ein wahres Kunststück und mehr als ungünstig.

zu 20.

Abgesehen davon, dass in Fach Berufsorientierung allein aus meiner pädagogischen und didaktischen Sichtweise ein sinnloses Unterfangen darstellt, wünsche sich Jugendliche hier eine Einbeziehung in die Vorbereitung von Job- oder auch Praktikumsbörsen. Nicht das bunte Durcheinander soll dominieren, sondern eine strukturierte Ausstellungsfläche, vielleicht auch eine thematische Sortierung. Es gibt auch den Wunsch hierzu spezielle Workshops anzubieten. Angesichts des immer stärker werdenden Fachkräftemangels, könnte hier auch im Rahmen der Zusammenarbeit mit der IHK diskutiert werden.

nur auszufüllen bei haushaltswirksamen Beschlüssen

Mehrausgaben / Mindereinnahmen in der Haushaltsstelle:

Deckungsvorschlag:

Mehreinnahmen/Minderausgaben in der Haushaltsstelle:

---

gez. Gerd Böttger  
Fraktionsvorsitzender